Rundbrief, Dezember 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Spenderinnen und Spender,

redundant mag der Hinweis auf den „deutschen Weg“ wirken, der zum Feuilleton verkommen war, bevor seine Bedeutung überhaupt klar wurde. Keinen Militäreinsatz mit dem Ziel des Sturzes Saddam Husseins, heißt es, wolle man in Deutschland und übersetzt das in Kriegsgegnerschaft, ganz so, als ginge es um den Erhalt des Friedens. Wenn der Staus Quo im Irak aber „Frieden“ sein soll, so wird dieser Begriff, der einst etwa für Kant eines der höchsten anzustrebenden Güter war, endgültig entwertet. Noch vor kurzem erklärte der libanesische Intellektuelle Fouad Ajami, die irakische Herrschaft sei nur zu erklären als ein „permanenter Krieg gegen die eigene Bevölkerung“; nicht mehr also wird der von Bundesregierung und Friedensbewegung geforderte Frieden, sollte er sich durchsetzen, in Zukunft sein, als was er seit dreißig Jahren ist: Krieg.

Ein Dilemma, das unauflösbar scheint und um der intellektuellen Lauterkeit willen zumindest thematisiert werden müsste. Das Gegenteil aber ist der Fall. Verweist man dieser Tage auf die unerträgliche Lage der Menschen im Irak, darauf, dass Saddam Hussein gezielt Giftgas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat und ganze Landesteile systematisch zerstörte, die dort lebenden Menschen entweder umbringen oder umsiedeln ließ, so stößt man selten auf jenes Entsetzen, das früher die Ohnmacht der Humanität gegenüber der Macht auszeichnete, sondern auf eine Floskel, in der sich die Kälte Bahn bricht: Der Irak sei zwar eine Diktatur, aber... . Was folgt sind die immer gleichen Erklärungen, mit denen das Leid eines möglichen Krieges gegen den permanenten Krieg der Diktatur aufgerechnet wird, an deren Ende es beim Erhalt des Bestehenden bleibt.

Saddam unterscheide sich „leider von sehr vielen brutalen Diktatoren, besonders in Arabien, Asien und Afrika, wenig“. So Professor Ulrich Gottstein auf einer Konferenz über den Irak, zu der auch der irakische Botschafter aus London geladen war. Und stellvertretend für so viele andere stellte Gottstein die rhetorische Frage, ob denn fortan alle diese Diktatoren gestürzt werden sollten. Um nicht etwa der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass dies bald geschehen möge, sondern um dem Sturz des Hussein Regimes vehement zu opponieren. Zur Erinnerung: Der humane Einsatz gegen den Krieg hatte einst ein menschliches Leben als jene Alternative im Sinne, weltweit „Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressiver Arbeit führen können“, wie Rudi Dutschke forderte. Heute geht es im Namen des Friedens um ein Festhalten an Zuständen, die bislang von der selbsternannten internationalen Staatengemeinschaft, wie die Industrienationen sich in den 90er Jahren getauft haben, zementiert wurden.

Wie es um diese Zustände bestellt ist, dürfte bekannt sein. Vor wenigen Tagen fand sich eine Meldung im hinteren Teil der Zeitungen, die von der tiefen Perspektivlosigkeit zeugt, unter der Menschen ihr Dasein zu fristen gezwungen sind. „In Lesotho, Malawi, Sambia, Simbabwe, Moçambique und Swasiland sind mehr als 15 Millionen Menschen vom Verhungern bedroht. Auch in Äthiopien und Eritrea sind bereits rund 15 Millionen Menschen gefährdet.“ Hier wie dort bedürfte es eines Krieges nicht, um die Menschen in bitterste Verzweiflung zu stürzen, kommt die Verteidigung des Bestehenden der Mithilfe am Untergang der Menschen gleich. Hier wie dort auch gilt der Einsatz einem Leben ohne Krieg und Hunger, gilt, dass nicht an den Zuständen, sondern an den Menschen und ihrem Recht auf ein besseres Leben festzuhalten ist. Die Erfahrung der Arbeit im kurdischen Nordirak zeigt, dass dies möglich ist.

Wandgemälde: Irakischer Panzer kindgerecht dargestellt

Nichts wünscht sich die Bevölkerung des Irak so sehr wie ein Ende der Gewalt, die jede Perspektive auf ein anderes Leben unterdrückt. Ein Ende der Gewalt bedeutete mehr, als die Abwesenheit von Krieg – die Beendigung auch des permanenten Krieges, der Unterdrückung durch das ba’thistische Regime und der Armut. Demokratie als Grundlage dauerhafter Stabilität und Sicherheit kann nur mit, niemals gegen die Bevölkerung bestehen. Erst wenn dieser Gedanke sich etabliert hätte, wenn klar würde, dass es im Irak unter Saddam Hussein nicht um eine Frage von Krieg und Frieden, sondern nur um die Wahl zwischen Krieg und Krieg geht, ließe sich ernsthaft über das Problem sprechen. Dann ließe sich auch fragen, ob das Regime Saddam Husseins, den entsprechenden Willen vorausgesetzt, auch ohne Krieg beseitigt werden könnte. Auch ist tiefe Skepsis

angebracht, ob der politische Kurs der USA, der längst nicht mehr von der EU geteilt wird, den Interessen der irakischen Bevölkerung so dient, wie er von sich behauptet. Mit Sicherheit aber kann konstatiert werden, dass die Politik der EU und zuförderst Deutschlands dies nicht tut.

Diese Politik besteht einerseits darin, dass einerseits auf der letzten irakischen Industriemesse im November diesen Jahres 101 deutsche Vertreter der chemischen und petrochemischen Industrie, der sogenannten Werkzeugbauer und Nutzfahrzeughersteller erneut um Aufträge der irakischen Regierung warben - mehr als aus jedem anderen Land – und die Bundesregierung wieder eine konsularische Vertretung in Bagdad eröffnete, um Geschäftsvisa zu erteilen. Andererseits darin, dass Familien von in Deutschland anerkannten Flüchtlingen aus dem Zentralirak, die auf dem Weg der Familienzusammenführung aus dem Lande gelangen wollen, von der deutschen Botschaft in Ankara abgewiesen und auf die Vertretung in Amman/Jordanien verwiesen werden. Die von irakischen Regierungskräften kontrollierte irakisch-jordanische Grenze stellt für sie eine fast unüberwindbare Hürde dar. Sie besteht auch darin, dass die Bundesregierung auf die Wiedereinsetzung des kurdischen Regionalparlaments mit allen Abgeordneten nach acht Jahren des Stillstands nicht reagierte, während alle anderen westlichen Staaten den Schritt offiziell begrüßten oder Vertreter in das Parlament entsandten; und darin dass die Anerkennungsquote für irakische Flüchtlinge von rund 65% in den Jahren 2000 und 2001 auf 16 % im September 2002 gesenkt wurde. Über diese Politik, wie über die Menschen vor Ort, wird hierzulande selten gesprochen.

Die Arbeit von WADI hatte immer auch zum Ziel, Menschen hier eine Stimme zu leihen: Gegen die Praxis der Ausländer- und Asylbehörden, gegen die Geschäfte mit der irakischen Diktatur und gegen das Festhalten an Zuständen, deren Beendigung der erste und notwendige Schritt in Richtung eines besseren Lebens wäre. Und für den Versuch, entgegen des permanenten Krieges des Regimes ein humanes Leben zu führen, Perspektiven für einen demokratischen Irak zu entwickeln sowie Armut und Unterdrückung zu überwinden.

Der dabei angelegte Maßstab ist die Humanität, „die Solidarität mit dem Leiden“. Ein recht kleiner Maßstab angesichts des anstehenden Konflikts. Ein Maß zugleich, das es zu verteidigen gilt, sei es in der Debatte um einen möglichen Krieg oder in der konkreten Projektarbeit vor Ort, deren Fortschritt wir Ihnen im Folgenden kurz darstellen möchten.

Zu den Hintergründen des aktuellen Konflikts empfehlen wir das Buch:
Thomas von der Osten-Sacken/ Aras Fatah (Hrg.): „Saddam Husseins letztes Gefecht? Der lange Weg in den III. Golfkrieg“, Konkret-Verlag Hamburg 2002

Bildnachweis: Oren Schmuckler – „Bundesrepublik Deutschland“

Projekte

„... es bedürfte eines Krieges nicht“ – Kindheit im IDP-Camp/Irakisch-Kurdistan

Im Januar 2003 wird das NAWA-Zentrum in Suleymania seinen dritten Geburtstag feiern. Damals als Pilotprojekt begonnen, ist dieses Frauenzentrum inzwischen nicht nur institutionalisiert und vom Sozialministerium übernommen worden, sondern dient auch anderen Frauenorganisationen als Vorbild. So konnte im Dezember diesen Jahres in Arbil, der Hauptstadt Irakisch-Kurdistans, mit unserer Hilfe das Khanzad-Zentrum eingeweiht werden. (Siehe ausführlichen Bericht.) Aus anderen Orten Kurdistans liegen uns Anfragen vor, ob wir auch dort die Gründung eines solchen Zentrums unterstützen können. Parteiübergreifend arbeiten inzwischen im ganzen Nordirak Frauengruppen zusammen und halten regelmäßige Treffen ab, um die Situation von Frauen in Notlagen zu verbessern. Themen wie Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch werden immer offener thematisiert und problematisiert. Diese Arbeit ist ein wichtiger Schritt für einen zukünftigen föderalen und demokratischen Irak. Dieses Jahr konnten wir auch das Gefängnis von Suleymania, das ein ungewöhnliches Reformprojekt darstellt, weiter unterstützen. Es wurde ein Computerkurs eingerichtet, so dass nun die Gefängniszeitungen digital erstellt werden können. Außerdem unterstützten wir die Einrichtung einer Bibliothek im Frauengefängnis.

Angesichts der anhaltenden Diskussionen um die anstehenden Veränderungen im Irak versuchen wir, Vorstellungen zu entwickeln, wie ein

Transformationsprozess durch Hilfsprojekte flankiert und unterstützt werden könnte. Gerade die Erfahrungen, die beim Aufbau der beiden Frauenzentren gesammelt werden konnten, und die Umsetzung der Gefängnisreform in Suleymaniah scheinen uns auch in dieser Hinsicht beispielhaft zu sein.

Mit unserer Unterstützung fand im Oktober eine erste große Pressekonferenz der irakischen Opposition in Berlin statt, auf der diese ihre Forderungen an die Bundesregierung, endlich demokratische Alternativen zu Saddam Husseins Diktatur zu fördern, vorbrachte. Anders als in England, den USA und selbst Russland weigert sich die Bundesregierung weiter, mit den Vertretern der irakischen Opposition in Dialog zu treten.

Flüchtlinge

Während allerorts von einem möglichen neuen Golfkrieg gesprochen wird, sind in der ersten Jahreshälfte 2002 die Anerkennungsquoten irakischer Flüchtlinge zusammengebrochen. Erhielten in den Jahren 2000 und 2001 im Schnitt noch mehr als 60 Prozent der irakischen Antragsteller zumindest das sogenannte „kleine Asyl“, während lediglich knapp über 20 Prozent abgelehnt wurden, so hat sich das Verhältnis nunmehr in das exakte Gegenteil verkehrt. Im September erhielten lediglich noch 16 Prozent überhaupt einen Status, während der Rest der Anträge bereits im Erstverfahren als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt wurde. Der Umschwung in der Anerkennungspraxis gegenüber irakischen Flüchtlingen ist nicht einer veränderten Lage vor Ort, sondern lediglich einer Neuinterpretation längst bekannter Verhältnisse geschuldet. Allgemein gilt schon seit Jahren, dass Flüchtlinge sich zuerst um Zufluchtmöglichkeiten innerhalb des eigenen Landes zu bemühen haben, ehe sie einen Anspruch auf internationalen Schutz geltend machen können. Eine solche „inländische Fluchtalternative“ wird im kurdischen Nordirak gesehen, wo die zentralstaatlichen Behörden derzeit keine Herrschaftsgewalt besitzen. Hier galt in der deutschen Asylpraxis bislang jedoch die Einschränkung, dass eine Fluchtalternative nur für Menschen zumutbar sei, die über soziale und familiäre Anbindungen vor Ort verfügen, ohne die ein menschenwürdiges Leben in der Armutsregion nicht gesichert sei. Damit blieben in der Regel zumindest arabische Flüchtlinge vor dem Verweis auf den kurdischen Nordirak bewahrt.

Dies hat sich in Deutschland nunmehr geändert. Regelhaft werden jetzt irakische Flüchtlinge auf angebliche UN-Flüchtlingslager verwiesen, in denen sie auch im Nordirak Unterschlupf fänden. Nur – die UN unterhalten im Nordirak derartige Lager nicht. Die existierenden Camps für Vertriebene (IDP) werden von den lokalen Behörden mehr schlecht als recht unterhalten und befinden sich in einem erbärmlichen Zustand. Ein von WADI erstelltes Gutachten über die Lage in diesen Camps kommt zu dem Schluss, dass nirgendwo die minimalsten Anforderungen erfüllt werden. Am schwersten aber wiegt die ständige Bedrohung durch die Truppen Saddam Husseins.

WADI richtet sich mit Gutachten und Stellungnahmen an Richter und Asylentscheider, um dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegen zu steuern. Weiterhin stehen wir im Gespräch mit dem Auswärtigen Amt, dessen Lageberichte die entscheidende Grundlage in Asylverfahren darstellen und betreuen Flüchtlinge in ihrem Verfahren. Irakische Flüchtlinge benötigen eine dauerhafte Sicherheit, hier wie im Nordirak.

Ein Besuch im Khanzad Home, Oktober 2002

„Wir wussten, das funktioniert!“ erzählt die Leiterin von Khanzad Home, einem Frauenzentrum in der nordirakischen Stadt Arbil. „Khanzad Home“ lässt sich im Deutschen am besten mit „Khanzads Zuhause“ übersetzen. Über den richtigen Namen hatte das Komitee des Zentrums lange diskutiert. Khanzad war eine sagenumwobene Prinzessin, die im 18. Jahrhundert im Nordosten des heutigen Irak einen kurdischen Aufstand anführte – einer der wenigen weiblichen Herrscher in der männlich dominierten kurdischen Geschichte. Ihr Mut und Gerechtigkeitssinn fanden auch die Bewunderung der Männer. Bis heute ist Khanzad ein beliebter Mädchenname in Irakisch-Kurdistan. „Es kam ein Handwerker in das Zentrum“, fährt sie fort, „und als er mit seinen Arbeiten fertig war, verabschiedete er sich mit den Worten: ‘Grüßen Sie Khanzad von mir. Leider kann ich nicht länger bleiben und ihr Guten Tag sagen.’ Da mussten wir ein wenig schmunzeln. Natürlich wohnt hier keine Khanzad, aber diese Atmosphäre ist genau das, was wir wollen: Die Frauen, die hier her kommen, sollen das Gefühl haben, sie besuchen eine gute Freundin und keine Anstalt oder Klinik.“

Das Zentrum wird offiziell erst im Dezember eröffnet, aber schon im September, kurz nachdem die ersten Räume eingerichtet waren, meldeten sich die ersten Frauen. „Wir beraten bereits sechs Frauen, provisorisch. Wir waren selbst überrascht, wie schnell sich das herum gesprochen hat, aber uns zeigt das, wie wichtig das Zentrum hier in Arbil ist“, sagt eine andere Frau, die von Anbeginn bei der Planung des Zentrums dabei war. Sie ist Vorsitzende der Liga der

turkmenischen Frauen in Arbil – eine der acht Arbiler Frauenorganisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um das Zentrum gemeinsam zu leiten. Das Spektrum der im Komitee vertretenen Organisationen reicht von Islamischen Frauen bis zu Kommunistinnen, von großen Organisationen wie der Gewerkschaft der kurdischen Frauen bis zu kleinen wie dem Konservativen Frauenverband. Das Komitee trifft sich wöchentlich. Hier werden die nächsten Schritte besprochen, und bis zur Eröffnung ist noch viel zu tun. Einige geeignete Sozialarbeiter müssen gefunden werden, die Räume des Zentrums sind noch nicht vollständig renoviert. Die Erfahrung der Komiteemitglieder in der Frauenarbeit ist dabei ein großer Vorteil, nicht nur bei der Planung: „Würden nicht so viele Frauenorganisationen mitarbeiten, könnten wir das Zentrum in Arbil sicherlich nicht betreiben."

Immerhin: Das Sozialministerium in der von der Kurdisch Demokratischen Partei regierten Stadt unterstützt das Projekt, wenn auch nicht finanziell. Damit war eine wichtige Hürde genommen, denn Arbil ist eine konservative Stadt. Unübersehbar prägen die zahlreichen, in den letzten Jahren hoch gezogenen riesigen Moscheen das Stadtbild, finanziert mit Geldern aus Saudi Arabien – bei Nacht taghell erleuchtet, selbst in den ärmsten Stadtteilen. Und auch die islamischen Extremisten von Gruppen wie Ansar-al-Islam haben in Arbil in den letzten Jahren Zulauf bekommen und verbreiten mit Sprengstoffanschlägen, etwa auf Freizeitparks, Angst und Schrecken. Hinzu kommen die zum Dauerzustand gewordene Perspektivlosigkeit der Menschen in Arbil, die hohe Arbeitslosigkeit, die soziale Verelendung der Bevölkerung sowie die ständige Bedrohung durch das irakische Regime.

„Frauen sind die ersten, die die Veränderungen in der Gesellschaft spüren", sagt eine Mitarbeiterin des Zentrums. Zwei der sechs Frauen, die sich bereits im Zentrum gemeldet haben, kamen wegen massiven Problemen in ihren Ehen. Körperliche Misshandlungen und psychische Gewalt, d.h. Verachtung und Schikanen seitens der Ehemänner und ihrer Familien, die Angst verstoßen zu werden, gaben sie als Gründe für ihr Kommen an. Über die Ursachen der Probleme diskutieren die Frauen viel, da gehen die Meinungen im Komitee zum Teil weit auseinander.

„Anfangs war das Misstrauen groß, aber das hat sich schnell gelegt. Die Arbeit an einem gemeinsamen Projekt wie dem Frauenhaus hat die Zusammenarbeit beflügelt. Wir arbeiten auch bereits gemeinsam an weiteren Projekten. Die Resolution gegen Gewalt an Frauen, die das kurdische Parlament im Juli verabschiedet hat, wurde von verschiedenen Frauenverbänden formuliert – kennen gelernt haben sich viele der Frauen über das Frauenhausprojekt." Auch mit dem Komitee des ganz ähnlich konzipierten NAWA-Zentrums in Suleymania, das seit bald vier Jahren erfolgreich arbeitet, haben die Frauen Kontakt. Die Zusammenarbeit beschränkt sich nicht nur auf Erfahrungsaustausch, die Pläne gehen viel weiter. „Was uns vorschwebt, ist ein Frauennetzwerk, das in ganz Irakisch-Kurdistan arbeitet."

Das Frauenhaus liegt in der Innenstadt von Arbil, vom Stadtzentrum ist es zu Fuß in zehn Minuten zu erreichen. Das ist wichtig, denn viele Besuche geschehen spontan, es ist für viele Frauen nach wie vor eine enorme psychische Hürde, sich beim Zentrum zu melden. Von der Straßenseite erreicht man über den Hof zuerst einen Eingangsraum. Hier trifft sich das Komitee, er dient auch als Aufenthaltsraum für die Mitarbeiter. Er ist bewusst als öffentlicher Raum konzipiert, jede Frau ist willkommen. Erst dahinter schließt sich der Bereich des Zentrums an, der den Hilfe suchenden Frauen vorbehalten ist und in dem sie eine vertrauliche Atmosphäre vorfinden. Das Zentrum hat fünf weitere Räume und eine Küche. Ein unterteilter Schlafraum bietet bis zu sieben Frauen Platz. Es gibt einen einfach ausgestatteten Aufenthaltsraum mit Sitzmöglichkeiten, Büchern, einem Fernseher und viel Kinderspielzeug. Ein heller Raum ist für Beratungen und Gespräche vorgesehen. Der hinterste Raum ist für Workshops und Kurse gedacht. Er steht allerdings noch leer – Möbel und Inventar fehlen. „So ein Zentrum kostet viel Geld. Wenn wir sinnvoll den Frauen helfen wollen, müssen wir das Zentrum auch adäquat ausstatten. Miete, Gehälter, Möbel, schon die Kücheneinrichtung... – alleine, ohne die Hilfe von WADI, könnten wir das nie aufbringen. Wir hoffen wirklich, dass die Unterstützung aus Deutschland weiter anhält, sonst stehen wir wieder vor dem Aus."

Anfang Dezember soll die Eröffnung sein, und das Komitee hat sich viel vorgenommen. Einzel-, Familien und Gruppengespräche wollen sie den Betroffenen bieten, dazu juristischen Beistand, psychologische Beratung, Workshops und Weiterbildungsmaßnahmen, selbst eine medizinische Erstversorgung ist vorgesehen. Eine Telefon-Hotline soll die einfache Kontaktaufnahme ermöglichen – in Arbil eine Pionierleistung ohne Vorbild. Mut macht ihnen aber das Beispiel des NAWA-Zentrums in Suleymania, 150 Kilometer entfernt.